

# Die Rote Fahne

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Partei Deutschlands)

Redakt.: Berlin C 25, Al. Alexanderstr. 28, Tel.: B 1 Berlin 5481, Tel.-Adr.: Rote Fahne Berlin. Verl.: Verein. Zeitungsverlage GmbH, Berlin C 25, Al. Alexanderstr. 28, Postfach: Berlin NW 27 970.

Erscheint täglich außer Montags

Anzeigenverwaltung: Expedition GmbH, Berlin, Kurfürst 1825/26, Schluß

Die heutige „Rote Fahne“ in die Hand eines jeden Arbeiters!

Bezugspreis in Berlin u. Orten mit eig. Zustellung: pro Woche 60 Pf., pro Monat 2,60 M., einchl. Frachtkosten, Postbezug pro Monat 2,60 M., nebst Bestellgeld. Streifenband im Inland 4,20 M., im Ausland 4,50 M.

Begründet von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg

Anzeigenpreis: Die 12sch. Millimeterzeile 2,50 M., Arbeiterorgan. u. Familien. Kleine Anz.: 20 Pf., Ueberchriftstb. 30 Pf., Arbeiter. Markt: 20 Pf., 16 Uhr.



## BVG. oben und unten

Berliner Verkehrsgesellschaft oben und unten. Das ist ein kleines Abbild der großen kapitalistischen Gesellschaft. Oben einige Herren, wie Zangemeister, Quark, Litke und der verflorenere Brolat mit einem Stundenlohn von 13,11 Mark. Unten die Fahrer mit 99 Pfennig und weniger für denselben Zeitraum. Die Spitze der Pyramide bilden die Direktoren mit 1154 Mark in vierzehn Tagen; die breite Basis sind 23 000 BVG-ler, die bestenfalls 84 Mark in zwei Wochen bekommen.

Sieht die Wohnhöhlen der BVG-Proleten und leht die Schlösser der BVG-Herren — dann habt ihr die ganze schamlose Ungerechtigkeit des kapitalistischen Systems vor euch.

Aber vergeht nicht, wer es dahin gebracht hat. Der Berliner SPD-Koalitionsminister hat diese Direktoren, in ihrer Mehrzahl schwarz-weiß-rote Reaktionen, eingesetzt. Er zeichnet verantwortlich für die Lebensbedingungen der vielen BVG-Arbeiter, damit die wenigen BVG-Direktoren im Luxus schwelgen können.

Aber noch jemand trägt die volle Verantwortung: das sind die Betriebsräte der SPD und der Hafenpartei. Sie haben zinsförmlich das Sozialdemokraten Pflieger und des Nazis Engel am 1. Februar in der Aufsichtsratsführung der BVG den Sparmaßnahmen der Direktion zugestimmt. Und nur die Kommunisten stehen in unverfälschter Opposition.

Noch weiter abwärts geht der Weg der BVG-Proleten, wenn der Nazi- und SPD-Koalitions-Kurs fortgesetzt wird. Vom Mai 1931 bis Januar 1932 betrug die Lohnsenkung monatlich 47—64 Mark, wurde die Arbeitszeit durch geteilten Dienst außerordentlich verschlechtert. Jetzt, wo seit dem 30. Juli der tariflose Zustand besteht, sollen die Löhne durch Anpassung an den Reichsarbeiterlohn und durch Erhöhung der Beiträge zur Ruhegehaltskasse abermals abgebaut werden.

Wir aber sagen: Ein Ende dem Lohnabbau!

Wir sagen: Schluß mit der Koalitions-Miswirtschaft und Schluß mit dem Unwesen der streikbrecherischen nationalsozialistischen Betriebszellen-Organisation, in deren Reihen ausgesprochene Arbeitermörder sitzen! Klärt jeden verirrten Nazi-BVG-Proleten auf, daß keine Parteiführer, wie jetzt durch Zeugen erwiesen ist, das Rotverordnungsregiment Papen inner- und außerparlamentarisch geführt haben.

Wir sagen: BVG-Arbeiter, marschier unter der Fahne, die euch zum Kampf und Sieg führt! Heute noch herrschen jene über euch. Steht ihr in antifaschistischer roter Einheitsfront zusammen, bietet ihr den Bossen in den Gewerkschaften die Spitze, dann ist der Tag nahe, wo ihr oben, wo ihr die Herrscher seid.

## „Wirtschaftsprogramm“ gegen das hungernde Volk

„Tariflockerung, Arbeitslosenreform, Krediterschöpfung, Arbeitsdienst, Reichstagsauflösung und Verfassungsreform“ die nächsten Pläne des Papen-Kabinetts / Arbeiter, seid gerüstet! Betriebe in die antifaschistische Front!

Jeder Versuch der bürgerlich-sozialdemokratischen Presse, die Abweichung der Kanzlerschaft Hitlers durch Hindenburg als eine Abschwächung der faschistischen Diktaturmaßnahmen der Bourgeoisie auszugeben, muß als Massenbetrug gebrandmarkt und scharfstens zurückgewiesen werden. Wenn wir schreiben, daß mit dem 20. Juli, dem faschistischen Umsturz in Preußen, der Wendepunkt in der unmittelbaren Aufrichtung der faschistischen Diktatur überschritten worden ist, so zeigen die seit gestern veröffentlichten Regierungspläne das verhängnisvolle Tempo dieses Prozesses.

Was ist geplant? Was steht der arbeitenden Klasse unmittelbar bevor? Das Reichskabinett wird sich sofort, so berichtigt die bürgerliche Presse, mit den Entwürfen eines „Wirtschaftsprogramms“ befassen. Vorgezogen ist die gesetzliche „Loderung des Tarifwesens“, fernerhin entsprechend den letzten aufgestellten Forderungen der weißrussischen Schwerindustrie nach Zerstückelung des Tarifvertrags und seiner Ersetzung durch den Werkstarif. Das Programm soll weiter enthalten die „Umgestaltung der Arbeitslosenversicherung“ und die „Ausgestaltung des freiwilligen Arbeitsdienstes“, wozu mehrere Milliarden auf dem Wege einer

„Krediterschöpfung“ mit Hilfe der Reichsbank bereitgestellt werden sollen. Da sich der derzeitige Reichsbankpräsident Luther gegenüber diesen Geldbeschaffungsplänen, die in ähnlicher Weise bekanntlich auf der Harzburger Tagung durch Hugenberg vertrittet wurden, angeblich zur Wehr setzt, ist mit einer Rotverordnung über die zulässige Abgabbarkeit des Reichsbankpräsidenten zu rechnen.

Die Verwirklichung dieser Pläne wird natürlich auf den schärfsten außerparlamentarischen Protest der Arbeiterschaft stoßen. Auch im Reichstag wird die kommunistische Partei jeder dieser faschistischen Diktaturmaßnahmen den schärfsten Kampf ankündigen. Darum soll notfalls der Ausnahmestand herabgehoben werden. Einige Blätter wollen wissen, daß es zur Einberufung des neu gewählten Reichstags überhaupt nicht kommt. Andere bringen die wahrscheinlichere Möglichkeit zum Ausdruck, daß das Papen-Kabinett sich dem Reichstag stellen wird, um im Falle der von der kommunistischen Fraktion gestellten Anträge gegen die Regierung und auf Aufhebung der Rotverordnung den Reichstag aufzulösen. Statt einer Neuwahl wird eine „Nationalversammlung“ einberufen, nachdem vorher durch Dekret die von Engel angekündigte „Verfassungsreform“ durchgeführt worden sei. Das würde der Entzug des Wahlrechts für die Arbeiterjugend, die Ausschaltung der kommunistischen Partei an den Wahlen und die Aenderung des Verhältniswahlsystems bedeuten.

Diese Pläne sind alarmierend genug für das ganze Proletariat. Sie sind die Politik Hitlers ohne seine Kanzlerschaft, ausgeführt von den Hindenburg, Schleicher und Papen.

Den Betriebsarbeitern droht der unmittelbare Lohnabbau auf dem Boden der Zerstückelung des Tarifvertrags! Den Erwerbslosen, der Arbeiterjugend droht die Zwangsarbeit und weiterer Unterernährungsentzug! Dem ganzen arbeitenden Volk und seiner kommunistischen Partei droht die ungeheuerliche politische Knebelung und Unterdrückung! Seid gerüstet! Verankert in der antifaschistischen Kampfwoche millionenfach in allen Betrieben die antifaschistische Aktion, um allen Plänen der Bourgeoisie die Entschlossenheit der einheitlich handelnden Klasse entgegenzusetzen.

## Melcher verbietet freigewerkschaftliche Versammlung

Die zu gestern abend angeordnete Monatsversammlung des Deutschen Lederarbeiterverbandes wurde von der Polizei ohne Angabe von Gründen verboten. Als die Kollegen um 7 Uhr in das Versammlungsort gehen wollten, wurde ihnen von Polizisten eröffnet, daß die Versammlung verboten sei. Die reformistischen Vorposten die freche Frage auf, daß das Verbot „auf Treibereien der KPD. zurückzuführen sei“. Auf der Straße bildeten sich große Disziplinierungsgruppen, in denen die Arbeiter empört das Verbot distanzieren.

So weit ist es schon, daß selbst reformistische Gewerkschaften nicht mehr ihre Mitgliederversammlungen abhalten können. Aber die Gewerkschaftsführer rühten keinen Finger gegen die Reaktion, sondern füllten ihre Zeit mit der Hege gegen die KPD.

Am Grabe unseres Genossen Slang (Siehe im Blatt)